



Open Data: Die moderne Verwaltung möchte transparenter werden

Gretchenfrage Open Data

Im sogenannten „Cluetrain Manifesto“ formulierten Ende der 1990er-Jahre Internetpioniere in 95 Thesen ihre Vorstellungen von einem zukünftigen Web. Dort heißt es: „Wir wollen Zugang zu euren Unternehmensinformationen, zu euren Plänen und Strategien, euren besten Ideen und eurem wirklichen Wissen. Wir werden uns nicht zufriedengeben mit der Vierfarb-Broschüre, mit Websites aus einer Zuckergussfassade, aber ohne Inhalte“ [1]. Das war zu einer Zeit, als die New Economy mit dem Internet, der digitalen Revolution samt neuer Dienstleistungsideen, die alte Ökonomiewelt bedrohte. Am Ende platze die Dotcom-Blase und zurück blieb erst einmal Katzenjammer in der Start-up-Szene und bei den Geschäftemachern in ihrem Schlepptau.

Autor: Andreas Eicher

Heute, fast 20 Jahre später, sind diese Wunden verheilt. Und doch stehen wir vor einer neuen Herausforderung namens Partizipation und dem damit verbundenen freien Zugang zu Informationen im digitalen Maßstab. Denn „heute nehmen Bestrebungen Überhand, die eben gewonnene Freiheit durch

neu ausgerichtete Kontrollmechanismen wieder einzufangen und zu neutralisieren. Standen in der ersten Phase die Möglichkeiten der Kommunikation im Fokus, sind es in der zweiten Phase das Sammeln und Auswerten von Daten.“ Damit meint der Autor des Beitrags „In der zweiten digitalen Phase“ in „Le Monde diploma-

tique“, dass sich die Internetrevolution in einer gegenrevolutionären Phase befinde. In den 1990er-Jahren standen „Dezentralisierung, Kooperation und Transparenz“ als „neue Möglichkeiten individueller und kollektiver Autonomie“ im Mittelpunkt der Internetfreigeister [2].

Der freie Datengebrauch und die Voraussetzungen

Eine gewisse Renaissance versprechen sich dagegen heutige Open-Data-Bewegungen und -Bestrebungen. Das Anliegen: Wichtige Daten, die in Amtsstuben und Kellern schlummern, frei zugänglich zu machen. Mit den Projekten zu einer offenen Datenkultur in der Verwaltung beschäftigt sich eine Vielzahl an Initiativen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene.

So hat die Bundesregierung Mitte 2017 einen Nationalen Aktionsplan zur Förderung von „Open Data“ (Offenlegung von Datensätzen der Verwaltung) verabschiedet. „Mit der unentgeltlichen Bereitstellung offener Daten durch Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung erfüllt die Bundesregierung eine Forderung aus der Digitalen Agenda der Bundesregierung, die Rahmenbedingungen für einen effektiven und dauerhaften Zugang zu öffentlich finanzierten Daten zu verbessern“, schreibt das Bundesministerium des Inneren (BMI) auf seinen Internetseiten [3]. Und der „Leitfaden für Datenschutz bei Open Data“ vom März 2017 folgert: „Mit der bevorstehenden Verabschiedung des Open-Data-Gesetzes öffnet Deutschland erstmals großflächig seine Verwaltungsdaten. Damit macht die Bundesrepublik es Ländern wie Frankreich, Großbritannien und Kanada nach

Was heißt offene Daten?

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) umschreibt den Begriff Open Data als ein einfaches Konzept. „Daten sind dann ‚offen‘, wenn sie durch jedermann und für jegliche Zwecke genutzt, weiterverarbeitet und weiterverbreitet werden können.“ Und weiter heißt es: „Der Begriff offene Daten schließt Daten aus Wissenschaft und Forschung mit ein“. Vielfach stünden heute offene Daten als Synonym für „Open Government Data“, also für „offene Daten der öffentlichen Verwaltung“ [11]. „GovData“ verweist beim Begriff Open Data auf die international anerkannte Definition von „opendefinition.org“: „Um eine Nutzung der Daten zu vereinfachen, sollten dabei verschiedene Rahmenbedingungen eingehalten werden: So sollten die Daten maschinenlesbar und -verarbeitbar sein. Zudem würden es einfache Nutzungsbestimmungen dem Anwender erleichtern, zu erkennen, wie die jeweiligen Daten eingesetzt und verarbeitet werden dürfen (Stichwort: Datenlizenz Deutschland) [12].

und schafft endlich eine wichtige Grundlage für soziale und wirtschaftliche Innovationen. Ein wichtiger Schritt ist damit getan“ [4].

Und auch die Wirtschaft steht diesen Bestrebungen in nichts nach. Im April 2017 veröffentlichte beispielsweise Bitkom, das Sprachrohr der digitalen Wirtschaft, ein „Open Data Manifest“. Das Positionspapier beschreibt den freien Zugang und die breite Nutzung zu Daten als „eine wichtige Säule für die Digitalisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft“.

Und weiter heißt es: „Open Data (offene Daten) in Politik und Wirtschaft sowie der freie Fluss von Daten in Behörden und Unternehmen werden die notwendige Entwicklung in allen Bereichen der Digitalisierung fördern“ [5]. Nun, was soll der Digitalverband auch anderes fordern. Im Umkehrschluss müssen für diesen „freien“ und „breiten“ Datengebrauch zunächst einmal die Voraussetzungen bestehen. Sprich: Schritt für Schritt Richtung Open Data und vor allem nicht den zweiten vor dem ersten tun.



Hamburg, die Freie und Hansestadt, zählt zu den Vorreitern in puncto Open Data

Bild: forollia_dudlajzov



Bild: fotolia_nirroworld

Datenschutz ist ein wichtiges Thema bei offenen Daten

Städte und ihre Open-Data-Projekte

Wie es geordnet gehen kann, zeigt beispielsweise Hamburg, das hierzulande zu den Vorreitern der Open-Data-Idee zählt. Die Freie und Hansestadt Hamburg bündelt ihre Open-Data-Bemühungen im „Transparenzportal Hamburg“. Dort fließen Daten von aktuell 70 Behörden ein – so unter anderem aus den Bereichen „Arbeit, Soziales, Familie und Integration“, „Gesundheit und Verbraucherschutz“, „Inneres und Sport“ oder zu „Umwelt und Energie“. Auf den Seiten des Transparenzportals heißt es zudem: „Es werden aber auch zahlreiche geographische Daten, die sowohl in Form von Rohdaten als auch aufbereitet als Karte, Statistiken oder Anwendungen, wie die Kita-Datenbank, bereitgestellt.“ Zu diesen Daten gehören beispielsweise amtliche Statistiken, Gutachten und Studien sowie Geodaten und Bauleit- und Landschaftspläne [6].

Auch in Frankfurt/M. setzt man auf offene Daten. „Die Stadt Frankfurt am Main hat im Jahr 2014 ein Open-Data-Portal in Betrieb genommen“, erklärt Ralf Sagroll, Leiter der Stabsstelle E-Government der Stadt Frankfurt. Und er ergänzt: „Wir sind seither bemüht, das Angebot an Datensätzen fortlaufend auszubauen.“ Aktuell hat die Stadt über 75 Datensätze aus acht städtischen Ämtern veröffentlicht. Bei allen Vorhaben zu Open Data gilt es für die Verantwortlichen der Städte und Kommuni-

nen rechtliche Fragestellungen zu klären. R. Sagroll: „Wir erwarten auf längere Sicht eine Regelung des hessischen Gesetzgebers, die wie bei den Bundesbehörden (§ 12a EGovG) Open Data zur Pflicht erhebt.“

Hans-Hennig Hall, Leiter E-Government der Stadt Stuttgart, verfolgt in der Landeshauptstadt das Ziel, ohnehin schon zahlreich in den städtischen Online-Medien publizierte oder leicht erschließbare Daten Open-Data-konform zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sollen die zugehörigen Metadaten und Datensätze mithilfe des Landesportals „Service-BW“ systematisch gesammelt und aufbereitet werden. „Die Publikation erfolgt dann über die Einbindung der Open-Data-Infrastruktur von Service-BW in die städtische Internetpräsenz“, erklärt H.-H. Hall. In Karlsruhe wiederum existiert seit Anfang 2016 ein Open-Government-Projekt, in dessen Rahmen unter anderem ein Transparenzportal entstanden ist. Der thematische Schwerpunkt der Veröffentlichungen im Transparenzportal liegt bisher im Bereich der Statistik. Nach Aussagen von Florian Brucker, Projektleiter „Open Government“ bei der Stadt Karlsruhe, befasst sich das Projekt neben Open Data auch mit anderen Fragestellungen des Themengebiets Open Government. Aktuell sei ein Online-Bürgerbeteiligungsforum im Aufbau. „Mittel- bis langfristig soll Open Government als grundsätzlicher Ansatz in der Verwaltungsarbeit etabliert werden“, so F. Brucker.

Neue Überwachung und eine fehlende Linie

Grundsätzlich fallen die aktuellen Bestrebungen der Open-Data-Befürworter in eine Zeit des zunehmenden Kontroll- und Auswertungswahns staatlicher Stellen und von Unternehmen. Im Klartext heißt das, die einen wollen kontrollieren, was ihre Bürger so tun. Es sei nur an den Staatstrojaner, die Bespitzelungen mit „befreundeten“ Geheimdiensten sowie an die massenhafte Auswertung von Telefon- und Internetdaten erinnert. Die anderen wollen kontrollieren, sammeln und analysieren, was der Konsument einkauft, welche Vorlieben er hat und wann er wo ist. Zwei Ansätze, eine Richtung: Die anfallenden Informationen verschwinden in einer „Blackbox“. Cloud-Lösungen und soziale Medien erleichtern diesen Trend einer „Datenallmacht“ weniger Akteure – Datentransparenz ungewiss bis unmöglich. Der eingangs beschriebene Zugang zu Informationen, Plänen und Strategien wird erschwert. Denn welcher Akteur bricht schon gerne sein Schweigen im Kampf um die Datenhoheit oder lässt sich in die digitalen Karten schauen.

Dem stehen die Interessen der offenen Datenpolitik gegenüber. Mit dem vermeintlichen Vorbild der USA (Open-Data-Portal „Data.gov“) haben sich in den letzten Jahren in Bund und Ländern sowie EU-weit die Befürworter von Open Data formiert. Wikipedia, Open Source sowie

Kollaborationsplattformen, Share Economy und soziale Bewegungen bilden mittlerweile wichtige Impulse und Schritte hin zu zukünftigen Bestrebungen im offenen Datenumfeld.

Diese scheinbar wichtigen Schritte sehen nicht wenige Kritiker eher skeptisch. Denn von einer offenen Datenkultur kann längst nicht überall die Rede sein. Dementsprechend konstatiert das „Berlin Institut für Partizipation“: „Eine einheitliche Linie der Kommunal- und Bundesverwaltung gibt es allerdings noch nicht.“ Ganz im Gegenteil lautet die Devise in vielen Fällen: „Daten gegen Geld“.

Die FAZ umschrieb es im letzten Jahr etwas süffisant: „Wer sich in Deutschland auf die Suche nach Rohdaten machte und nicht in Portalen wie GovData fündig wird, ist heute noch von der Gunst, aber auch vom Wissensstand und der Skepsis des jeweiligen Sachbearbeiters abhängig (...)“ [7]. Die Krux: Vor allem Start-ups, die mit den offenen Daten Antworten auf urbane Fragestellungen im „smarten“ Kontext der Städte liefern, sind auf die Städte und deren Informationen angewiesen. Denn „niemand besitzt mehr Informationen über eine Stadt als die Stadt selbst“ [8].

Hinzu kommen rechtliche Fragestellungen. So schreiben die Autoren im „Leitfaden für Datenschutz bei Open Data“ von „klaren“ und „transparenten“ Standards, die es abzuwägen gelte bei der Frage, ob Daten geöffnet werden sollten. Hinzu kommen die Anforderungen an die Europäische Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO), die ab Mai 2018 Anwendung finden muss, sowie die Anonymisierung von Daten. Das wiederum wirft Fragen nach dem Schutz der Privatsphäre und dem verantwortungsvollen Umgang mit den Daten auf [9]. Es zeigt sich, dass mit dem Open-Data-Wunsch eine ganze Menge Fragen einhergehen, die es zu lösen gilt. Dies kann aber nicht rein auf juristischer Ebene erfolgen. Denn es braucht einen Kultur- und Wertewandel – hin zu mehr Verständnis über Sinn und Zweck von offenen Daten. Das bedingt letztendlich ein klares Bekenntnis für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem sensiblen Gut der offenen Daten [10]. Le Monde diplomatique formuliert es wie folgt: „Grundsätzlich müssen wir dahin kommen, dass zentral gesammelte Daten offengelegt werden, damit die Gesellschaft als

Ganzes von den Erkenntnissen, die sich daraus gewinnen lassen, profitieren kann. Daten, die nicht offen sein sollten, weil sie etwa die Privatsphäre betreffen, sollten möglichst dezentral verwaltet werden“ [6]. Somit zeigt sich auch beim vorliegenden Fall der Open-Data-Diskussion, dass es in unseren digitalen und zugleich komplexen Zeiten keine einfachen Antworten mehr gibt. Von daher stellt sich hier die Gretchenfrage: „Wie hältst Du es mit Open Data?“

Quellen:

- [1] www.cluetrain.com/auf-deutsch.html
- [2] monde-diplomatique.de/artikel/1394726
- [3] www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2017/01/open-data-gesetz.html
- [4] www.stiftung-nv.de/sites/default/files/policy_brief_leitfaden_open_data_datenschutz.pdf
- [5] www.bitkom.org/Bitkom/Publikationen/Open-Data-Manifest.html
- [6] transparenz.hamburg.de/das-transparenzportal

- [7] www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/verwaltungsdaten-bleiben-ungenutzt-bitte-ein-byte-15260361-p2.html
- [8] www.brandeins.de/archiv/2016/befreiung/helsinki-die-transparente-stadt
- [9] www.stiftung-nv.de/sites/default/files/policy_brief_leitfaden_open_data_datenschutz.pdf
- [10] monde-diplomatique.de/artikel/1394726
- [11] www.bpb.de/gesellschaft/medien/opendata/64055/was-sind-offene-daten?p=all
- [12] www.govdata.de/documents/10156/18448/GovData_Open_Data_und_Govdata_Ueberblick.pdf/e3720b3a-8932-4f6d-bf72-1efc15d1483b



Energie
wird digital
Mit uns ganz smart

aed-solution-group.de

AED Solution Group



AED:SYNERGIS

